

Aus dem Inhalt

Kirchenbank EKK verzeichnet hohen Überschuss	3
Fundamentalisten stellen Existenzrecht von Christen in Syrien infrage	6
Wohlfahrtsverbände warnen vor Schuldenbremse	7
„Auf dem Papier war alles organisiert“	10
Härtefallkommission gegen Abschiebung von 68 Ausländern	11
Das „Ich“ verschiebt sich in den Bauch	19
Frankfurter Ausbildungsradio „rockfun24“ sendet ab 25. März	23
Impressum	23

Martin Niemöller als Prediger entdeckt

Berlin-Dahlemer Predigten werden aus Nachlass veröffentlicht

Darmstadt/Berlin (epd). Erstmals werden alle Berlin-Dahlemer Predigten des evangelischen Pfarrers und Widerstandskämpfers Martin Niemöller (1892-1984) aus seinem Nachlass veröffentlicht. Damit werde der spätere hessen-nassauische Kirchenpräsident auch als Theologe und Prediger entdeckt, sagte der Pfarrer und Herausgeber Michael Heymel am 17. März in Darmstadt dem epd. Die kritische Edition umfasst 128 Predigten und drei predigtähnliche Texte, von denen 45 Predigten zum ersten Mal veröffentlicht werden.

Die Predigten offenbaren nach den Worten von Heymel theologische Leitmotive Niemöllers von seinem Amtsantritt in Berlin-Dahlem 1931 bis zu seiner Einlieferung ins KZ als „persönlicher Gefangener des Führers“ 1937. So habe Niemöller immer wieder nach der Bedeutung Jesu Christi für das Leben der Zuhörer gefragt. Dabei habe er an die These des Reformators Martin Luther erinnert, dass das ganze Leben der Christen aus der Bereitschaft zur Umkehr bestehe und dazu, „immer wieder die Dinge neu zu denken“.

In seinen Predigten habe sich Niemöller gegen eine Vereinnahmung des Christentums durch den Nationalsozialismus gewehrt. Auch habe er die Verhaftungen von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern in ganz Deutschland von der Kanzel beklagt. Heymel bezeichnete es als Entdeckung, welche große Bedeutung Martin Luther für Niemöllers Denken spielte.

Die nun veröffentlichten Predigten machten die Stärken und die heikle Seite Niemöllers deutlich. So habe er die Fähigkeit besessen, den biblischen und den aktuellen Bezug zu Zeitfragen gleichermaßen klar zu erfassen. Auf der anderen Seite wiesen vier Predigten Spuren eines Antijudaismus auf. Diese bezögen sich auf bestimmte vorgegebene Bibeltexte und lägen in der Mehrheitsmeinung der damaligen Theologie. Jedoch habe sich Niemöller später in der KZ-Haft von der antijüdischen Denkweise gelöst.



Bisher waren von Niemöller seine letzten 28 Predigten aus Berlin-Dahlem im In- und Ausland verbreitet, die von einer Konfirmandin Niemöllers jüdischer Herkunft mitstenografiert worden waren. Der neue Sammelband umfasst Erläuterungen zur Entstehungsgeschichte der Predigten und zum zeitgeschichtlichen Umfeld. Fußnoten weisen auf theologische Literatur und auf politische Ereignisse hin.

Der Band führt schließlich die Vor- und Nachworte der bisher erschienenen deutschen und fremdsprachigen Predigtausgaben von 1937 bis 1981 auf, darunter ein Vorwort von Thomas Mann zu der 1941 in den USA erschienenen Ausgabe. Das Buch „Martin Niemöller, Dahlemer Predigten“ wurde am 18. März in der St.-Annen-Kirche in Berlin-Dahlem unter anderen von dem hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Volker Jung vorgestellt.

Buchhinweis: Martin Niemöller, Dahlemer Predigten. Kritische Ausgabe. Herausgegeben von Michael Heymel. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2011, 736 Seiten, 78 Euro.

Kirchenpräsident Jung würdigt Martin Niemöller

Sammelband mit Berlin-Dahlemer Predigten vorgestellt

Berlin/Darmstadt (epd). Der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung hat am 18. März in Berlin den evangelischen Pfarrer und NS-Widerstandskämpfer Martin Niemöller (1892-1984) gewürdigt. Stellvertretend für alle Christen in Deutschland habe der Theologe eingeräumt, dass auch Christen eine große Schuld an den Verbrechen der Nationalsozialisten tragen, sagte Jung bei der Vorstellung eines neuen Bandes mit gesammelten Niemöller-Predigten in der Berliner St. Annen-Kirche. Niemöller habe gesagt, dass die Christen in der NS-Zeit dem Volk einen anderen Weg hätten zeigen müssen.

Für Niemöller hätten Glaube und Politik „untrennbar“ zusammengehört, erklärte Jung weiter. So würde der Mitbegründer der Bekennenden Kirche heute beispielsweise auch sagen, dass diejenigen „schuldhaft“ in die japanische Atomkatastrophe verstrickt seien, die diese Technologie nutzten. Für Niemöller seien auch „wir selbst schuldhaft verstrickt“ mit einer „unverantwortlichen Energiepolitik, die unseren hohen Lebensstandard sichert“. Benötigt werde eine Umkehr „zu einem schöpfungsgemäßen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen“, forderte Jung.

Laut Jung zeigen die neu veröffentlichten Texte, dass sich Niemöller nicht nur am Erbe der Bekennenden Kirche, sondern auch stark am Reformator Martin Luther (1483-1546) orientierte. Zudem werde das Bild von Niemöller als

Theologe und prägende Gestalt in der Geschichte der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau deutlich. Niemöller war deren erster Kirchenpräsident.

Niemöller hat sich in seinen Predigten gegen eine Vereinnahmung des Christentums durch den Nationalsozialismus gewehrt. Bisher waren vor allem seine letzten 28 Predigten aus Berlin-Dahlem im In- und Ausland verbreitet, die von einer Konfirmandin Niemöllers jüdischer Herkunft mitstenographiert worden waren. Im neuen Sammelband gibt es den Angaben zufolge neben weiteren Predigten auch Erläuterungen zur Entstehungsgeschichte der Texte, zur Theologie und zur Zeitgeschichte.

Der Berliner Bischof Markus Dröge betonte, der Sammelband verdeutliche die Bedeutung des Predigers Niemöllers für den Aufbau der Bekennenden Kirche über die Kirchengemeinde in Dahlem hinaus. Seine Predigten zeigten noch heute, „worin der Kern unseres Auftrags besteht: auf Gottes Wort zu hören und es in der Predigt auszulegen“, erklärte Dröge.

Kirchenbank EKK verzeichnet hohen Überschuss

Kassel (epd). Die Kirchenbank Evangelische Kreditgenossenschaft in Kassel (EKK) ist mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 2010 sehr zufrieden. Die Ergebnisse in einigen Bereichen seien so gut wie nie zuvor in der über 40-jährigen Geschichte der Bank, sagte Vorstandsmitglied Thomas Katzenmayer am 17. März in Kassel. So konnte der Jahresüberschuss von 4,3 Millionen Euro im Vorjahr auf nunmehr 5,3 Millionen Euro gesteigert werden, ein Zuwachs von rund 23 Prozent.

Die Bilanzsumme der Bank bezifferte Katzenmayer auf 4,1 Milliarden Euro. Hier habe es gegenüber dem Vorjahr kaum eine Änderung gegeben. Angesichts der guten Lage kündigte Katzenmayer an, der Generalversammlung Anfang Juni die Auszahlung einer Dividende in Höhe von fünf Prozent an die rund 1.150 Mitglieder vorzuschlagen.

Im vergangenen Jahr habe man eine „Renaissance der klassischen Einlagen“ bei den Kunden feststellen können, führte Katzenmayer aus. So habe das Sparbuch mit dreimonatiger Kündigungsfrist um 30 Prozent zugelegt. Insgesamt seien die Kundeneinlagen um etwa 7,5 Prozent gewachsen.

Ein besonderes Augenmerk richte die Bank auf nachhaltiges Handeln mit Blick auf die Ökonomie, Ökologie und sozial-ethische Wirkungen, betonte Katzenmayer. Für Kunden, die verantwortungsbewusst Geld angelegen wollten, habe man deshalb einen „Nachhaltigkeitsfilter“ entwickelt, erläuterte Vorstandsmitglied Frank Diegel. Damit könne man Kunden gezielt beraten, wie sie ihr Geld

entsprechend optimal anlegen könnten. „Die Nachfrage und die Sensibilität für solche Anlageformen wird immer größer“, stellte Diegel fest.

Nach Angaben von Vorstandsmitglied Hans Gerhard Stein wird in diesem Jahr in Eisenach ein weiterer Standort der Bank eröffnet. Dies liege daran, dass die neu gebildete Evangelische Kirche in Mitteldeutschland ihr Landeskirchenamt dorthin verlege. Der bisherige Standort Erfurt in dem Kirchengebiet solle aber erhalten bleiben. Die 1969 gegründete EKK ist ein genossenschaftlich organisiertes Spezialinstitut. In zwölf Filialen betreuen rund 300 Mitarbeiter mehr als 70.000 institutionelle und private Kunden.

Theologin: Eltern erwarten zur Taufe Antworten auf Fragen des Lebens

Marburg/Schwerte (epd). Bei der Taufe erwarten die Eltern nach Auffassung der evangelischen Theologin Regina Sommer Antworten auf existenzielle Fragen des Lebens. Die Familien wünschten kein „naiv-freundliches Lebensbegrüßungsfest“, erklärte die Marburger Privatdozentin für Praktische Theologie auf einem Taufkongress der Evangelischen Kirche von Westfalen am 19. und 20. März in Schwerte. Die Taufe sei den Eltern vor allem deshalb wichtig, weil in ihr die im Alltag erlebte Spannung von Leben und Tod, Schuld und Vergebung thematisiert werde, berichtete Sommer bei der Vorstellung von ihren Befragungsergebnissen unter Eltern getaufter Kinder.

Der westfälische Präses Alfred Buß betonte, dass besonders alleinerziehende Mütter bei Taufen mehr unterstützt werden müssten. Die Taufe sei häufig mit dem Ideal einer „vollständigen“ und „intakten“ Familie verbunden. Alleinerziehende hätten offenbar eine Scheu vor der öffentlichen Taufe. „An diesen Hindernissen darf eine Taufe nicht scheitern“, forderte der leitende Theologe der viertgrößten Landeskirche Deutschlands.

Die Taufe sei eine Zusage Gottes, die nicht mehr verloren gehen könne, erläuterte der Heidelberger Theologe Wilfried Härle. „Gott nimmt sein Ja nicht zurück“, betonte er. Der Münsteraner Theologe Christian Grethlein warb dafür, die Taufe nicht auf einen einmaligen Akt zu reduzieren. Wichtig sei es, immer wieder an die Taufe zu erinnern, beispielsweise durch spezielle Tauferinnerungsgottesdienste für Erwachsene. Bundesweit feiert die evangelische Kirche in diesem Jahr ein „Jahr der Taufe“.

Evangelisches Dekanat Bergstraße für vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft

Bensheim/Heppenheim (epd). Die Synode des Evangelischen Dekanats Bergstraße hat sich für einen „schnellstmöglichen, vollständigen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie“ ausgesprochen. In der am 19. März in Heppenheim veröffentlichten Resolution, die das regionale Kirchenparlament mit großer Mehrheit auf seiner Frühjahrstagung in Bensheim verabschiedete, heißt es: „Nicht nur die ältesten Reaktoren - in unserer Region Biblis A und B - sondern alle Atomreaktoren sollen vom Netz genommen und dauerhaft stillgelegt werden.“

Die Bergsträßer Synode erklärte weiter: „Die Nutzung der Atomenergie hat unbeherrschbare und tödliche Folgen“. Was das „Restrisiko“ bedeute, das theoretisch nur alle 10.000 Jahre zu einem atomaren Unfall führe, habe die Menschheit innerhalb von nur 25 Jahren zweimal erleben müssen: 1986 mit der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl und jetzt in Japan. „Unsere Gebete, unsere Gedanken, unser Mitgefühl gelten den Menschen, die ihre Angehörigen, ihr Zuhause, ihr gesamtes Hab und Gut verloren haben und jetzt die radioaktive Verstrahlung fürchten müssen“, erklärte die Synode.

Leiterin des EKHN-Zentrums Bildung wechselt nach Erfurt

Darmstadt/Erfurt (epd). Die Leiterin des in Darmstadt ansässigen Zentrums Bildung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Pfarrerin Martin Klein (48), wird im Sommer in die Evangelische Kirche Mitteldeutschlands (EKM) wechseln. Sie übernehme dort die Leitung des Bildungsdezernats im Erfurter Landeskirchenamt, teilte die Pressestelle der EKHN am 20. März in Darmstadt mit. Die Synode der EKM wählte Martina Klein am 19. März in Wittenberg im ersten Wahlgang mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit.

Zum Bildungsdezernat der EKM gehören unter anderem die Ressorts Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, Erwachsenenbildung, Schulen und Religionsunterricht. Das Dezernat ist auch zuständig für zahlreiche Bildungs- und Tagungseinrichtungen. Zum Zentrum Bildung der EKHN, mit etwa 60 Beschäftigten das größte Zentrum der EKHN, gehören die Arbeitsbereiche Kindertagesstätten, Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen- und Familienbildung.

Die im württembergischen Blaubeuren geborene Klein studierte zunächst in Darmstadt an der Evangelischen Fachhochschule Gemeindepädagogik, danach Evangelische Theologie in Frankfurt, Mainz und Nijmegen (Niederlande). Als Vikarin war sie an der Lutherkirche in Wiesbaden tätig. Das Spezialvi-

Kirche

kariat verbrachte sie ein Jahr lang an der deutschsprachigen evangelischen Kirchengemeinde in Mexiko. Von 1996 bis 1999 war Klein Pfarrerin in der Kirchengemeinde Heidenrod-Kemel und Springen (Taunus). Dann wurde sie theologische Referentin der Kirchensynode. Im November 2006 übernahm sie die Leitung des Zentrums Bildung der EKHN.

Kirche

Fundamentalisten stellen Existenzrecht von Christen in Syrien infrage

Europäische Kirchen sollten muslimisches Dominanzstreben beachten

Kassel (epd). Das Existenzrecht der Christen in Syrien und im Libanon wird von fundamentalistischen Muslimen immer wieder infrage gestellt. Dies berichtete der Ökumenedezernent der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW), Wilhelm Richebächer, nach seiner Rückkehr von einem Besuch in den beiden Ländern am 18. März in Kassel. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der Freundschaft zwischen der Rum-Orthodoxen Kirche von Antiochia und der EKKW hatte eine Delegation mit Bischof Martin Hein der Kirche einen einwöchigen Besuch abgestattet.

Die Gesprächspartner in Syrien und Libanon hätten darauf hingewiesen, dass muslimisches Selbstbewusstsein oft ein Streben nach völliger Dominanz mit sich gebracht habe, berichtete Richebächer. Man habe darum gebeten, dass die europäischen Kirchen dieses Faktum im Hinblick auf ihr erst jetzt wachsendes Verhältnis zu den Muslimen bedenken sollten. Der Patriarch der Kirche, Ignatius IV. Hazim, habe den Besuch der kurhessischen Delegation als ein Zeichen der geschwisterlichen Solidarität in politisch unsicheren Zeiten gewürdigt.

Richebächer wies darauf hin, dass die Rum-Orthodoxe Kirche zu den ältesten Kirchen der Christenheit gehöre. Seit 1.300 Jahren lebten die Christen dort zudem in kultureller und sprachlicher Gemeinschaft mit den Muslimen. Die von der Kirche betriebenen Schulen, Krankenhäuser und anderen Einrichtungen würden oft mehrheitlich von Muslimen aufgesucht. Ob dieses Engagement der christlichen Minderheit, die in Syrien auf zehn, im Libanon auf etwa 30 Prozent geschätzt wird, auch zukünftig zur Entwicklung der Gesellschaft beitragen könne, hänge auch davon ab, ob es in Syrien zu demokratischen und wirtschaftlichen Reformen komme.

Die schätzungsweise 800.000 Mitglieder zählende Kirche ist eines der ältesten Mitglieder im Ökumenischen Rat der Kirchen und hat als erste orthodoxe Kirche überhaupt freundschaftliche Beziehungen zu einer evangelischen Kirche aufgenommen. „Rum“ ist die arabische Wiedergabe von „Rhomäisch“, was „oströmisch“ oder „byzantinisch-griechisch“ bedeutet. Somit handelt es sich bei der Kirche um das griechisch-orthodoxe Patriarchat arabischer Sprache.

Wohlfahrtsverbände warnen vor Schuldenbremse

Frankfurt a.M. (epd). Die hessischen Wohlfahrtsverbände stehen der Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung „sehr kritisch“ gegenüber. „Die öffentlichen Haushalte werden nicht durch eine Schuldenbremse konsolidiert, sondern nur durch eine kluge Politik“, erklärte der Vorsitzende der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, Wolfgang Gern, am 17. März in Frankfurt am Main. Die hessischen Bürger sind am 27. März aufgerufen, über die Aufnahme einer Schuldenbremse in die hessische Verfassung abzustimmen.

Gern äußerte die Befürchtung, dass die Schuldenbremse „massive sozialpolitische Einschnitte“ zur Folge hätte. Dies sei aber der falsche Weg. „Wir müssen Wirtschaft und Gesellschaft ökologisch modernisieren, wir müssen mehr Geld in Bildung, Gesundheit und Soziales investieren“, sagte Gern, der auch Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau ist. Bei diesen Posten zu kürzen, wäre unverantwortlich gegenüber jüngeren Generationen.

„Wir vermissen zudem ein Konzept der Hessischen Landesregierung, wie das Land die Schuldenbremse umsetzen will“, hieß es weiter. Es werde der Bevölkerung ein Volksentscheid zur Abstimmung vorgelegt, ohne dass die Konsequenzen bekannt seien, so Gern. Die Liga plädiere für einen ausgeglichenen Haushalt; dafür seien aber höhere Steuern nötig.

Die Liga ist der Zusammenschluss der sechs hessischen Wohlfahrtsverbände. Sie vertritt nach eigenen Angaben die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen gegenüber der Politik ebenso wie die Interessen ihrer Mitgliedsverbände. In ihren 5.000 Einrichtungen und Diensten seien rund 150.000 hauptamtliche und 52.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

„Arche“ eröffnet zweite Niederlassung in Frankfurt am Main

Frankfurt a.M./Berlin (epd). Das Kinder- und Jugendwerk „Die Arche“ eröffnet am 24. März seinen zweiten Standort in Frankfurt am Main. Die bundesweit elfte Niederlassung der Arche befindet sich in einem ehemaligen Discothek- und Bankgebäude in der Thomas-Mann-Straße in der Nordweststadt, teilte der Pressesprecher der Arche, Wolfgang Büscher, am 17. März in Berlin mit.

Das 450 Quadratmeter große Gebäude soll Platz für 60 bis 80 Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis zwölf Jahren bieten. Auch am zweiten Frankfurter Standort sind ein kostenloses Mittagessen, eine Hausaufgaben- und Nachhilfebetreuung sowie Angebote zur Freizeitbetreuung geplant.

Soziales

Im Januar vergangenen Jahres wurde die erste Frankfurter Niederlassung der Arche in der Berthold-Otto-Schule in Griesheim eröffnet. Dort verpflegt die Arche nach eigenen Angaben täglich bis zu 110 Kinder mit kostenlosen Mahlzeiten; rund 60 Kinder nehmen die Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangebote wahr.

Die Arche wurde 1995 in Berlin von Pastor Bernd Siggelkow gegründet, um Kinder von der Straße zu holen und sie zu unterstützen. Bundesweit sind bei dem Werk nach eigenen Angaben etwa 90 hauptamtliche Mitarbeiter tätig. Sie betreuen rund 2.000 Kinder.

In Frankfurt haben sich mehrere Geldinstitute und Großspender zu einem Freundeskreis zusammengeschlossen. Für die nächsten beiden Jahre stellt dieser die Finanzierung der Niederlassung in Griesheim sicher. Auch die Eröffnung und der Betrieb der zweiten Arche in Frankfurt wird durch den Freundeskreis finanziell abgesichert.

Neuer Vorstandsvorsitzender für Stiftung Diakonie in Hessen und Nassau

Frankfurt a.M. (epd). Die Stiftung Diakonie in Hessen und Nassau bekommt einen neuen Vorstandsvorsitzenden. Der bisherige Vorsitzende und frühere hessische Sozialminister Armin Clauss (SPD) habe seine Aufgaben an den Frankfurter Juristen Rudolf Herfurth übergeben, teilte die Pressestelle des Diakonischen Werks am 18. März in Frankfurt am Main mit. Clauss hatte seit der Gründung der Stiftung im Jahr 2005 den Vorsitz inne.

Herfurth, der einer Frankfurter Rechtsanwaltsgesellschaft angehört, begleitet den Angaben zufolge die Geschicke der Stiftung als Mitglied des Stiftungsrats ebenfalls seit sechs Jahren. Außerdem gehöre Herfurth auch dem Vorstand der Internationalen Martin-Buber-Stiftung und dem Vorstand der Else-Kröner-Fresenius-Stiftung an. Zum Vorstand der Diakonie-Stiftung zählen weiterhin der emeritierte Darmstädter Fachhochschulprofessor Bernhard Meyer und der Finanz- und Personalvorstand des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau (DWHN), Wilfried Knapp.

Die Stiftung hat nach Angaben des DWHN in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens ihr Kapital versiebzehnfacht. Sie wurde am 15. September 2005 mit 250.000 Euro gegründet; heute betrage das Kapital 4,2 Millionen Euro. Als Dachstiftung fördert die Diakonie-Stiftung benachteiligte Kinder und Familien, Jugendliche beim Start ins Berufsleben und Alte, die an Demenz, Parkinson oder Epilepsie erkrankt sind. Sie hat nach Auskunft des DWHN bisher 15 Unterstiftungen und zwei Stiftungsfonds gegründet. Das Ziel bei der Gründung,

Soziales

diakonische Projekte mit mindestens jährlich 200.000 Euro ab dem Jahr 2011 zu fördern, sei bereits 2009 erreicht worden.

Internet: www.sinn-stiften.de

Zahlreiche Mahnwachen für Atomausstieg in Hessen

Wetzlar/Gießen/Erbach (epd). In Hessen gibt am 21. März in zahlreichen Orten Mahnwachen für einen Ausstieg aus der Atomkraft. Wie der Naturschutzbund (NABU) Hessen am 18. März in Wetzlar mitteilte, finden Mahnwachen unter anderem in Kassel, Bad Wildungen, Frankenberg, Bad Hersfeld, Fulda, Schotten, Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Biblis, Wiesbaden, Friedberg, Wehrheim, Gießen und Dillenburg statt. Daran beteiligten sich Kirchengemeinden, Umweltverbände, Ärzteorganisationen und Jugendverbände.

Kirchengemeinden laden zu Gedenkveranstaltungen für die Katastrophenopfer in Japan ein. Die Evangelische Kirche in Herborn beispielsweise lädt am Donnerstag, 24. März, um 18 Uhr zu einem Japan-Bittgottesdienst in die Herborner Stadtkirche ein. Es soll für die Erdbebenopfer und ihre Angehörigen gebetet werden, aber auch dafür, „dass die Einsicht der Menschen und Machthabenden wächst, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist“, teilte die evangelische Öffentlichkeitsarbeit im Dekanat Herborn mit.

Das Evangelische Dekanat in Marburg hat in Abstimmung mit dem Propst die Gemeinden aufgerufen, in den Gottesdiensten am Sonntag, 20. März, auf die Katastrophe in Japan einzugehen, etwa in den Fürbitten. Die Evangelische Lukaskirche Gießen lädt am Montag, 21. März, zu einem „Kerzen-Gebet zur Not in der Welt“ in die Johanneskirche ein. Die Andacht, die um 17.30 Uhr beginnt, ist so angelegt, dass die Teilnehmer anschließend zur Anti-Atom-Demonstration in Gießen gehen können. Die Andacht soll in den kommenden Wochen regelmäßig montags stattfinden.

Das Evangelische Dekanat Odenwald lässt drei Monate lang jeden Freitag um 6.46 Uhr morgens von den Kirchtürmen der 25 Gemeinden einige Minuten lang die Glocken läuten. Damit solle zum einen die Solidarität mit den Erdbebenopfern in Japan zum Ausdruck gebracht werden, denn um 6.46 Uhr mitteleuropäischer Zeit habe dort die Erde gebebt und den Tsunami ausgelöst, sagte Dekan Stephan Arras. Zum anderen solle in dem Zeitraum von drei Monaten, in dem die sieben ältesten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sind, die Zukunft der Kernenergie kritisch hinterfragt werden.

Die Kirchen des Katholischen Dekanats Erbach schließen sich den Angaben zufolge dem Mahnläuten an. Der katholische Bischof von Limburg, Franz-Peter Tebartz-van Elst, hat die Kirchengemeinden dazu aufgerufen, am Sonntag, 20.

Soziales

Gesellschaft

März, in allen Gottesdiensten des Bistums der Opfer in Japan zu gedenken und für die Menschen in den Krisenregionen zu beten.

Internet: www.ausgestrahlt.de

„Auf dem Papier war alles organisiert“

**Die Notfallpläne für ein Atomunglück in Deutschland sind verbesserungswürdig
Von Karsten Packeiser (epd)**

Biblis/Worms (epd). Die Familie von Annette Bergtholdt im Wormser Vorort Ibersheim lebt seit über 30 Jahren mit einem unheimlichen Nachbarn. Ihr Haus steht gerade einen Kilometer entfernt vom hessischen Atomkraftwerk Biblis, wesentlich dichter als die Stadt Biblis selbst. Für den Fall eines Atomunglücks in Deutschland haben Katastrophenschutzbehörden und Energiekonzerne teils detaillierte Notfallpläne ausgearbeitet. Demnach liegt das eingemeindete Dorf am Rhein in der sogenannten Zentralzone Z. Atomkraftgegner wie Bergtholdt bezweifeln allerdings, dass die in dicken Ordner abgehefteten Überlegungen im Ernstfall eine große Hilfe wären.

„Auf dem Papier war das alles organisiert“, sagt der Wormser Ordnungsdirektor Hans-Joachim Kosubek (CDU). Der städtische Notfallplan für einen Atomunfall in Biblis regelt die Verteilung von Jodtabletten, legt Sammelplätze, Fluchtrouten und Aufnahmelager fest, benennt die Verantwortlichen für Notstandsmaßnahmen. Sogar die Busunternehmen, die bei einer Evakuierung der Bevölkerung helfen sollten, seien in dem Dokument aufgeführt. „Ich weiß nicht, ob wir im Ernstfall Busfahrer gefunden hätten“, schränkt Kosubek ein.

Alles in allem wäre es wohl möglich gewesen, sogar eine 80.000-Einwohner-Stadt wie Worms geordnet zu evakuieren, versichert er - wenn es eine ähnlich lange Vorlaufzeit gegeben hätte wie aktuell in Japan. Bei einer Katastrophe wie in Tschernobyl wäre die Zeit dagegen vermutlich zu knapp geworden. Kosubek ist Optimist, er spricht von Biblis inzwischen nur noch in der Vergangenheit.

In Rheinland-Pfalz gibt es seit der Stilllegung des Reaktors in Mülheim-Kärlich kein Kernkraftwerk mehr. Drei Anlagen, neben Biblis auch Phillipsburg und das französische Cattenom, stehen jedoch unmittelbar an den Landesgrenzen. Das Land hat daher im Jahr 2004 für die Bevölkerung im Umkreis bis 25 Kilometer um die Kraftwerke acht Millionen Jodtabletten beschafft, die in vier zentralen Lagern aufbewahrt werden. Im Umkreis von weniger als fünf Kilometern konnten sich Anwohner die Tabletten kostenlos in Apotheken abholen. Von dieser Möglichkeit habe jedoch nur jeder fünfte Haushalt Gebrauch gemacht, heißt es im Mainzer Innenministerium.

Gesellschaft

Jürgen Schall von der Bürgerinitiative „Kein Zwischenlager in Phillipsburg“ aus Römerberg bei Speyer hält die vorsorgliche Verteilung von Tabletten für „Seelenmassage“ und die regelmäßigen Katastrophenschutzübungen allenfalls für einen „bescheidenen Versuch, die Wirklichkeit darzustellen“. So übe beispielsweise auch die Feuerwehr aus Speyer, wie sie helfen könnte, auf der anderen Rheinseite einen Brand im baden-württembergischen Phillipsburg zu löschen. „In Japan waren auf einmal die Brücken weg“, mahnt Schall.

Detaillierte Evakuierungspläne nach einem möglichen Super-GAU gibt es ohnehin nur für eine Zone von zehn Kilometern um die deutschen Kernkraftwerke herum. „Eine Evakuierung von weiter entfernten Regionen ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten“, heißt es lapidar in einer Broschüre des RWE-Konzerns, die an Anwohner in der Nähe von Biblis verteilt wird. Die Notaufgangszentren für diese Einwohner würden sich in Orten wie Wörrstadt oder Frankenthal befinden, die selbst kaum 30 Kilometer vom Atomkraftwerk entfernt liegen. Auch würde nach einem Unglück nicht der komplette Umkreis evakuiert, sondern neben der Zone Z je nach Windrichtung nur eine Fläche in der Form eines Tortenstücks.

Werner Neumann, Atomexperte der Umweltschutzorganisation BUND, hält diese Maßnahmen für vollkommen unzulänglich. Im Fall von Biblis müssten Jodtabletten zumindest bis Frankfurt oder Gießen kurzfristig verfügbar sein und Evakuierungspläne für das ganze Rhein-Main-Gebiet erstellt werden. „Die radioaktive Wolke könnte bis nach Leipzig oder Köln reichen“, sagt er. Auch für den Fall, dass die Windrichtung sich ändere, sei der aktuelle Notfallschutz nicht ausreichend. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat inzwischen angekündigt, ihre Pläne zu überprüfen.

Härtefallkommission gegen Abschiebung von 68 Ausländern

Wiesbaden (epd). Die hessische Härtefallkommission hat sich im vergangenen Jahr bei 68 Ausländern gegen eine Abschiebung ausgesprochen und auf humanitäre Gründe verwiesen. Den Empfehlungen sei das Innenministerium für 65 Menschen gefolgt, teilte die Härtefallkommission am 17. März in ihrem „Tätigkeitsbericht 2010“ mit. In einem Fall, der zwei Familienangehörige betraf, fällte das Ministerium ein anderes Urteil. 21 Anträge sind vom Ministerium noch nicht entschieden.

Nach Angaben der Härtefallkommission gingen im vergangenen Jahr insgesamt 80 neue Anträge von ausreisepflichtigen Ausländern ein, die 160 Menschen betrafen. Bei zehn Anträgen sei das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Die Vorprüfungskommission lehnte es ab, sich mit 18 Anträgen zu befassen. Gründe dafür sind etwa, dass ein Ausländer straffällig geworden ist oder für seinen Lebensunterhalt nicht aufkommen kann.

Der Härtefallkommission gehören Abgeordnete, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, von Ministerien, Ausländerbehörden und Nichtregierungsorganisationen an. Entscheidungen müssen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit getroffen werden. Die Kommission erklärte, dies habe nicht zu der „von vielen vermuteten Selbstblockade“ geführt: „Vielmehr wurde in der großen Mehrzahl aller Fälle ein einvernehmliches Votum erzielt.“

Das unabhängige Gremium berät in der Regel die Fälle und gibt eine Empfehlung an das Innenministerium ab. Die Kommission war Ende 2009 grundlegend reformiert worden, was bei der evangelischen Kirche in Hessen, Wohlfahrtsorganisationen und weiteren Verbänden auf heftige Kritik stieß. Grundsätzliche Ausschlussgründe stünden im Widerspruch zur Einzelfallprüfung aufgrund humanitärer Gründe, argumentierten sie.

Landesregierung: Pakt für Ausbildung zeigt Wirkung

Wiesbaden (epd). Weniger Menschen in Hessen warten auf einen Ausbildungsplatz. Die Zahl der gemeldeten unversorgten Bewerber um Ausbildungsplätze ist von 1.152 Menschen im Ausbildungsjahr 2008/2009 auf 740 im Ausbildungsjahr 2009/2010 zurückgegangen, teilte die Hessische Landesregierung am 17. März in Wiesbaden mit. Dies sei auch dem „Hessischen Pakt für Ausbildung“ geschuldet, dessen Ziel sei, genügend Ausbildungsplätze für alle Bewerber zur Verfügung zu stellen.

Nach Angaben der Landesregierung sind zum Stichtag 30. September 2010 insgesamt 40.234 Ausbildungsverträge neu und damit 800 Verträge mehr als im Vorjahr abgeschlossen worden. Insgesamt 43.020 Bewerber (plus 6,6 Prozent) waren auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Über 1.500 Lehrstellen, die den zuständigen Stellen gemeldet waren, blieben unbesetzt.

Dem „Hessische Pakt für Ausbildung“ gehören die Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern, die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, der Verband Freier Berufe in Hessen, die Hessischen Kommunalen Spitzenverbände, die Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit sowie die Hessische Landesregierung an.

Psychische Störungen bei Kindern haben oft viele Ursachen

Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten beklagen lange Wartezeiten

Frankfurt a.M. (epd). Auf die Zunahme von komplexen psychischen Störungen bei Kindern und Jugendlichen weist der Berufsverband der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (bjk) hin. Viele Kinder würden schon früh mit

Gesellschaft

einer Vielzahl von Problemen wie psychisch kranke Eltern, Migration, Gewalt und Armut konfrontiert, sagte die Psychotherapeutin an der Alice Salomon Hochschule Berlin, Silke Birgitta Gahleitner, am 18. März in Frankfurt am Main.

Spezifische Diagnosen wie Depressionen, Angst- oder neurotische Störungen würden immer weniger die Realität abbilden. Marion Schwarz, Vorsitzende des bkj, kritisierte in diesem Zusammenhang die häufig gestellte Diagnose Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS). „Dies kann ich nicht immer bestätigen“, sagte die Bad Schwalbacher Kinderpsychotherapeutin. Vielmehr würden sich hinter den Symptomen oft Traumata durch Gewalterfahrungen oder Missbrauch, Bindungs- oder Angststörungen verbergen.

Auch die Diagnose „posttraumatische Belastungsstörung“ bilde nicht die gesamte Störung ab und berücksichtige nicht, durch was ein Trauma entstanden sei, sagte Gahleitner. So seien die psychischen Folgen eines Verkehrsunfalls andere als die nach sexuellem Missbrauch. Entsprechend unterschiedlich müssten die Behandlungen sein.

Die Therapie von Kindern mit komplexen Störungen sei schwieriger, weil es ihnen häufig an einer stabilen Struktur fehle, auf die eine Behandlung aufbauen könne, erklärte Gahleitner. Auch sei Heilung nicht immer möglich, vor allem wenn sich schon Persönlichkeitsstörungen ausgebildet hätten. Im Hinblick auf die gesellschaftlichen Folgekosten von Kriminalität oder Sucht sei jedoch auch eine Milderung der Symptome ein lohnenswertes Ziel der Psychotherapie.

Gahleitner räumte ein, dass die Psychotherapie ein „hochschwelliges“ Angebot sei, weshalb Kinder und Jugendliche aus sozial belasteten Familien meistens sehr spät, oft aber gar keine Behandlung erhielten. Die Vernetzung mit Einrichtungen der Jugendhilfe müsse deshalb weiter ausgebaut werden.

Hinzu komme die Unterversorgung vor allem in ländlichen Gebieten mit Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Wartezeiten von einem halben Jahr bis zwei Jahre seien sowohl in der Stadt als auch auf dem Land zurzeit die Regel. Viele Kinder würden vor allem deshalb stationär behandelt, weil sich keine Kinderpsychotherapeuten am Wohnort finden ließen. Selbst in Berlin könnten nur 20 Prozent der Kinder in eine ambulante Behandlung weitervermittelt werden.

Der Berufsverband der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, der rund 460 Mitglieder vertritt, widmet sich noch bis Sonntag auf seiner 6. Wissenschaftlichen Fachtagung an der Fachhochschule für Soziales in Frankfurt der Entwicklung des Kindes von der frühen Kindheit bis zum Jugendalter.

Täglich 23 Schwangerschaftsabbrüche in Hessen

Wiesbaden (epd). Rund 8.700 Schwangerschaftsabbrüche wurden im vergangenen Jahr in Hessen gemeldet. Das entsprechen 23 Abbrüchen pro Tag, teilte das Hessische Statistische Landesamt am 18. März in Wiesbaden mit. Die Zahl der Abtreibungen sank gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 55 Fälle, jedoch zum sechsten Mal in Folge. Bundesweit wurden 2010 rund 110.400 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, fast ebenso viele wie im Vorjahr.

Mehr als die Hälfte der schwangeren Frauen (54 Prozent) mit Wohnsitz in Hessen waren 18 bis unter 30 Jahre alt. Im Alter von 45 Jahren oder älter entschieden sich nach Angaben des Statistikamtes rund acht Prozent der Frauen für eine Abtreibung. Vier Prozent der Frauen waren zum Zeitpunkt des Eingriff noch minderjährig. Knapp 60 Prozent der Frauen, die sich für einen Abbruch entschieden, hatten bereits vorher ein Kind geboren. Über 70 Prozent der Schwangerschaften wurden vor Vollendung der neunten und weitere 25 Prozent vor Vollendung der zwölften Schwangerschaftswoche beendet.

In mehr als 97 Prozent der Fälle wurde der Schwangerschaftsabbruch nach der Beratungsregelung vorgenommen. Medizinische und kriminologische Indikationen waren in weniger als drei Prozent der Fälle die Begründung für den Abbruch. Bei den meisten Schwangerschaftsabbrüchen (75 Prozent) kam die Absaugmethode (Vakuumaspiration) zur Anwendung, bei 11 Prozent wurde das Mittel Mifegyne verwendet. Die meisten Eingriffe wurden in gynäkologischen Arztpraxen oder ambulanten OP-Zentren vorgenommen (88 Prozent); die übrigen ambulant oder stationär in Krankenhäusern.

Verwaltungsgericht: Starker Anstieg der Verfahren zum Numerus Clausus

Gießen (epd). Das Verwaltungsgericht Gießen hat im vergangenen Jahr einen starken Anstieg der Verfahren zum Numerus Clausus (NC) an Universitäten verzeichnet. Der Anteil der NC-Verfahren mache rund zwei Drittel aller Verfahren am Verwaltungsgericht aus, sagte der Präsident Rainald Gerster am 17. März in Gießen. Mit der Behauptung, die Universitäten hätten ihre Kapazitäten nicht ausgeschöpft, versuchten Bewerber sich einen Studienplatz zu erstreiten. Die Erfolgchancen seien aber winzig. Im Zuständigkeitsbereich des Gerichts liegen die Universitäten in Marburg und Gießen.

Insgesamt gingen nach Gersters Angaben 3.758 Anträge auf NC-Verfahren ein, fast ausschließlich im Eilverfahren. Die Zahl sei „hessenweit ein Rekord“. 2009 waren es noch 2702 gewesen. Die Kläger hatten aber kaum Erfolg: So wurden beispielsweise im laufenden Wintersemester von 200 Anträgen für

die Zahnmedizin in Marburg alle abgelehnt. Für die Humanmedizin in Gießen gingen beim Gericht 1.100 Anträge ein, die ebenfalls alle abgelehnt wurden, erklärte Vizepräsidentin Christiane Loizides.

Auch bei den Asylverfahren gab es Gerster zufolge eine Zunahme der Anträge; sie stiegen 2010 auf 377 gegenüber 286 im Jahr 2009. „Die Asylbewerberzahlen sind hochgegangen, das wirkt sich auch in der Verwaltungsgerichtsbarkeit aus.“ Die Entscheidungen seien stark vom Einzelfall abhängig. „Wir sind vom Masseverfahren heruntergekommen auf eine Einzelfallprüfung.“ Es gehe zum Beispiel um die Frage, ob ein Diabetes-Patient in seiner Heimat Afghanistan behandelt werden könne. Beim Verwaltungsgericht landeten diejenigen Fälle, die bereits vom Bundesamt für Migration abgewiesen wurden.

Insgesamt gingen beim Verwaltungsgericht im vergangenen Jahr 5.738 Verfahren ein. 2009 waren es 4.293 gewesen. Der Anteil der Eilverfahren betrug 74 Prozent. Dieses Jahr stehen nach Auskunft von Gerichtssprecherin Sabine Dörr Verfahren an etwa zu Sportwetten, zu Kosten bei Aufnahme ortsfremder Kinder in Kindergärten und zur Aberkennung eines Doktorgrades am Fachbereich Jura an der Marburger Philipps-Universität.

Das Verwaltungsgericht Gießen ist zuständig für die Landkreise Gießen, Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg und Wetterau. Seit 2007 ist es außerdem als Heilberufsgeschichte für ganz Hessen zuständig und befasst sich mit Verstößen gegen die Berufspflichten von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten, Apothekern und Psychotherapeuten. Hier gab es 2010 insgesamt 44 Verfahren. An den acht Kammern des Verwaltungsgerichts arbeiten 24 Richter.

Trotz Gesetz bleibt Prostitution in der dunklen Ecke

Expertinnen fordern Kondompflicht und Freierbestrafung

Von **Juliane Ziegler (epd)**

Frankfurt a.M. (epd). Die rot-grüne Bundesregierung wollte mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 sowohl die soziale als auch rechtliche Situation der Prostituierten verbessern: Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes verstößt freiwillig ausgeübte Prostitution nicht mehr gegen die guten Sitten, sondern gilt als normale Dienstleistung. Dadurch haben Sexarbeiterinnen zum Beispiel die Möglichkeit, ihre Bezahlung einzuklagen, können Arbeitsverträge abschließen und sich sozialversichern.

Sex zum Festpreis, so oft und so lange der Kunde will - mit solchen Flatrate-Offerten warb die Bordellkette „Pussy Club“ in Fellbach bei Stuttgart. Gegen die Betreiber dieser Clubs läuft zurzeit in Stuttgart ein Prozess. Sie sind wegen Menschenhandels angeklagt und werden beschuldigt, für die Prostituierten keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlt zu haben. Doch für viele Frauen, vor

Gesellschaft

allem aus Osteuropa, gilt ein solches Flatrate-Angebot durchaus als attraktiv: Sie kommen mit der Vorstellung nach Deutschland, als Sexarbeiterin in kurzer Zeit viel Geld zu verdienen.

Sibylle Schreiber von der Hilfsorganisation Terre des femmes sieht einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Prostitutionsgesetz und solchen Pauschal-Angeboten. „Das Gesetz hat die Prostitution in Deutschland legalisiert. Aber: Bei diesen Flatrate-Bordellen ist eine sehr massive Form der Ausnutzung eines legalen Geschäftsfeldes festzustellen.“ Außerdem sei die Werbung menschenverachtend, so Schreiber. Doch sie betont: „Das Betreiben eines Bordells mit Flatrate-Angeboten ist gesetzlich nicht verboten, es ist legal.“

Fabienne Zwankhuizen von Tamara, einer Beratungsstelle für Prostituierte in Frankfurt am Main, widerspricht der Einschätzung Schreibers: „Auch vor dem Prostitutionsgesetz hat es durch den hohen Konkurrenzdruck Rabatt-Angebote gegeben. Flatrate-Modelle gibt es in der Telekommunikation, es gibt All-you-can-eat-Angebote und All-inclusive-Urlaube. Jetzt hat die Prostitution diese Werbestrategie einfach ebenfalls übernommen.“ Die Sozialpädagogin verweist darauf, dass den Prostituierten-Vertretern ein solch aggressives Angebot auch nicht gefalle: „Es suggeriert, dass Frauen dabei nicht selbst bestimmen können, wem, wie oft und welche sexuellen Dienstleistungen sie anbieten. Doch die betroffenen Sexarbeiterinnen haben bestätigt, freiwillig dort zu arbeiten.“

Das Prostitutionsgesetz sei in guter Absicht verabschiedet worden, betont Schreiber. Aber letztendlich habe es in der Praxis zu keiner Verbesserung für die Frauen geführt. „Das Gesetz hat es nicht geschafft, die Prostitution aus der dunklen Ecke herauszuholen.“ Arbeitsrechtlich sei Prostitution weiterhin eine Grauzone. „Gaststätten werden zum Beispiel von Gesundheitsämtern überprüft, um zu sehen, ob alles hygienisch ist. Das könnte man auch für Bordelle einführen. Außerdem ist es ein Skandal, dass es noch keine bundesweite Kondompflicht gibt.“

Die Sozialministerin Baden-Württembergs, Monika Stolz (CDU), hat eine Bundesratsinitiative gestartet, um mehr staatliche Kontrollen zu ermöglichen. „Wer ein Bordell eröffnen will, kann dies bisher ohne Genehmigung tun. Durch die Einführung einer Erlaubnispflicht soll es den Behörden ermöglicht werden, die Zuverlässigkeit der Betreiber zu prüfen“, erläutert die Ministerin. Fabienne Zwankhuizen geht noch weiter: Sie fordert einheitliche Qualitätsstandards für Bordelle, so dass dort professionelles und sicheres Arbeiten möglich ist.

Sibylle Schreiber verweist auf Schweden und Norwegen. Die Skandinavier gehen einen anderen Weg, es gilt das Modell der Freierbestrafung: Wie in den meisten Staaten ist Prostitution dort verboten, doch statt die Prostituierten zu kriminalisieren, werden die Freier für das „Kaufen weiblicher Körper“ bestraft.

Gesellschaft

„Dieser Ansatz ist gut. Deutschland sollte langfristig darüber nachdenken, die Freierbestrafung einzuführen“, so Schreiber.

Merkel: Politik und persönlicher Glauben gehören zusammen

Berlin/Wetzlar (epd). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat den christlichen Glauben als Fundament ihres politischen Handelns bezeichnet. „Ich kann meine christliche Grundhaltung und mein politisches Tätigsein nicht voneinander trennen“, sagte sie dem Sender ERF Medien mit Sitz in Wetzlar. „Das ist meine Person.“ Das aufgezeichnete halbstündige Interview wurde am 18. März im Fernseh- und Radioprogramm des Senders ausgestrahlt.

Ihr christliches Grundverständnis wirke sich auch auf den Umgang mit Fehlern und Kritik aus, erklärte die Kanzlerin. „Für mich ist die Tatsache, dass ich dem christlichen Glauben verpflichtet bin, auch schon von daher eine Beruhigung, weil klar ist, dass der Mensch nicht vollkommen ist und auch ich selbst durchaus Fehler machen kann“, sagte sie nach Angaben des Senders.

Im Miteinander von Christen und Muslimen in Deutschland beobachtet Merkel Verunsicherungen. Sie hätten auch damit zu tun, „dass man die andere Religion vielleicht nicht so kennt, dass es vielleicht manchmal auch gar nicht so einfach ist, mit ihr ins Gespräch zu kommen, dass es durchaus auch Meinungsunterschiede geben kann“. Den Muslimen dürfe ihr Glaube nicht vorgeworfen werden, sondern es sollte eher darum gehen, „vielleicht die Suche nach dem Glauben im Christentum“ zu verstärken.

Mit Blick auf die aktuellen politischen Umwälzungen in Nordafrika und im Nahen Osten sprach die Kanzlerin von ermutigenden Zeichen. Menschen wollten nicht weiter bedrängt werden und forderten ihre Meinungsfreiheit und Pressefreiheit ein. Unklar sei jedoch, ob damit auch Toleranz gegenüber anderen Religionen verbunden sei. Dies müsse eingefordert werden. Es gebe erschreckende Zahlen über Christenverfolgung in vielen Ländern. Das Christentum sei „ganz objektiv die Religionsgruppe, die am stärksten verfolgt wird“, sagte Merkel.

Internet: www.erf.de

Klage gegen Sender wegen Beerdigungs-Gewinnspiel zurückgewiesen

Werbung verstoße zwar gegen den guten Ton, sei aber nicht unlauter

Aschaffenburg (epd). Das Landgericht Aschaffenburg hat die Klagen des Bundesverbandes Deutscher Bestatter gegen den Lokalsender „Radio Galaxy“

wegen seines umstrittenen Beerdigungs-Gewinnspiels zurückgewiesen. Der Verband wollte dem Sender und einem Aschaffener Bestatter in zwei Schnellverfahren die Nutzung einer Zeitungsanzeige im Stil einer Traueranzeige verbieten lassen.

Die zweite Kammer für Handelssachen begründete ihre Entscheidungen damit, dass die Werbung zwar gegen das sittliche Empfinden von Teilen der Bevölkerung verstoße und somit ein Ärgernis darstelle. Jedoch sei Werbung, die nur gegen den „guten Ton“ oder den „guten Geschmack“ verstoße, nicht als unlauter zu werten. Die beiden Eilanträge des Klägers seien deshalb kostenpflichtig zurückgewiesen worden.

Der Verband wollte von Sender und Bestatter Unterlassungserklärungen erreichen. Laut Verbandsgeschäftsführer Rolf Lichtner sei durch die Zeitungswerbung des Senders das Pietätsempfinden vieler Trauernder und die Würde des Menschen verletzt worden. Juristisch warf er den Beklagten unlauteren Wettbewerb vor, weil sich beide mit der „pietätlosen Aktion“ einen Wettbewerbsvorteil verschaffen wollten.

Dieser Einschätzung wollten sich die Handelsrichter nicht anschließen. Gleichwohl übten sie in ihrer Urteilsbegründung auch Kritik am Sender und dem Bestattungsunternehmen. Der Argumentation des Senders, die vorrangige Zielrichtung der Aktion sei eine gesellschaftskritische Diskussion zur Enttabuisierung des Themas Tod gewesen, habe nicht überzeugt. Zumal die Begründung erst nach der Anzeige erfolgt sei.

Der Jugendsender hatte seit Anfang Januar mehrmals Zeitungswerbung im Stil einer Traueranzeige mit der Ankündigung „Gewinne Deine eigene Beerdigung“ veröffentlicht. Verlost wurde eine Sterbeversicherung über 3.000 Euro. Um zu gewinnen, mussten die Teilnehmer ihre „letzten Worte“ aufschreiben. Die „coolste Antwort“ hatte dem Sender zufolge eine 43-jährige Frau aus Darmstadt eingereicht und damit gewonnen.

Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) hatte bei einer Prüfung des Gewinnspiels vor etwa zwei Wochen keine Verstöße gegen Programmgrundsätze oder Jugendschutzbestimmungen festgestellt. Es sei aber auch nur das gesendete Programm bewertet worden, hieß es. Für Zeitungsanzeigen sei die BLM nicht zuständig. (0581/17.03.2011)

Gesellschaft

Das „Ich“ verschiebt sich in den Bauch

Gießener Forscher untersuchen, wie Meditation das Gehirn verändert

Von Stefanie Walter (epd)

Gießen (epd). Als der Stress im Studium zu groß wurde, gönnte sich Tanja Seidl eine kleine Auszeit: ein Yoga- und Meditations-Wochenende. „Es ging mir so gut danach, ich war so energiegeladener“, erzählt die Psychologiestudentin und Mutter eines Sohnes begeistert. Zur gleichen Zeit entdeckte sie, dass es an ihrer Universität einen ganzen Forschungszweig über Meditation gab. Die Wissenschaftler um den Psychologen Dieter Vaitl erforschen am Gießener „Bender Institute of Neuroimaging“ (BION), wie sich das Gehirn durch Meditation verändert.

Ulrich Ott, Neuropsychologe und Mitarbeiter am BION, ruft am Bildschirm seines Computers ein buntes Bild auf, das die Strukturen des Gehirns zeigt. Die Wissenschaftler arbeiten mit einem modernen Magnetresonanztomografen (MRT) und können inzwischen „das gesamte Gehirn durchscannen“. Bei Versuchsteilnehmern, die Erfahrung mit Meditation hatten, entdeckten die Forscher im vorderen Gehirnbereich Veränderungen - dort, wo es um Gefühle, Ängste oder Stress geht. Sie fanden heraus, dass sich bei Meditierenden auch mehr Verästelungen innerhalb einzelner Hirnregionen bilden.

Meditation liegt im Trend, und seit etwa zehn Jahren gibt es einen Boom an wissenschaftlichen Studien zum Thema. Vor allem das leicht erlernbare Programm „Stressbewältigung durch Achtsamkeit“ (Englisch: „Mindfulness-Based Stress Reduction“ MBSR) werde vielfach in den USA eingesetzt, schreibt Ott in seinem Buch „Meditation für Skeptiker“. Inzwischen zeigten Studien, dass das Programm bei Herzkrankheiten, Bluthochdruck, Schlafstörungen, Schmerz oder Stress hilft.

„Wir sind immer schon beim nächsten Schritt“, beschreibt Ott die Arbeitsweise des Gehirns. Das Planen der Zukunft und das Interpretieren der Vergangenheit seien zwar großartige Leistungen des Gehirns, „aber es ist zum Fluch geworden, wir können es nicht mehr abschalten“. Meditation bewirke ein Zurückkommen in die Gegenwart.

„In den USA ist man viel weiter, was zum Beispiel Meditation in Schulen angeht“, berichtet der Wissenschaftler. Für ihn bedeutet Aufmerksamkeitskontrolle eine „Basisfähigkeit“, die man heute braucht, um durch den „Informationsdschungel“ der Medien zu kommen. Die Studentin Tanja Seidl baut kleine Meditationen in ihren Alltag ein, etwa bei der Küchenarbeit, und versucht, „bewusst die Gedanken auf eine Sache zu richten“.

Ott, der jahrelang Erfahrungen mit verschiedenen Meditationsmethoden sammelte und gelegentlich im hessischen Kloster Eberbach meditiert, geht noch

Gesellschaft

Gesellschaft

einen Schritt weiter. Für ihn kommen die „Komponenten Liebe, Barmherzigkeit, Mitgefühl“ hinzu, die durch Meditation verstärkt werden können. Es entstehe eine „emotionale Offenheit“, „Vorurteile und Vorbehalte anderen gegenüber sind dann wie weggeblasen“, schreibt Ott in seinem Buch.

Wer lange Erfahrungen mit Meditation sammelt, kann es bis zur „Ich-Auflösung“ schaffen. Ott selbst hat schon erfahren, welche Veränderungen im Bewusstsein die Meditationen auslösen, etwa dass „das Ich sich in den Bauch verschiebt“. „Es gibt Erleuchtungserfahrungen; wer die nicht gemacht hat, kann das nicht verstehen.“

Das Angebot auf dem Meditations-Markt ist riesig und längst nicht alles seriös, warnt Ott. Er bedauert, dass fast alle Methoden aus Fernost stammen und die christlichen Kirchen wenig bieten: „Früher waren Klöster Zentren des geistigen und wissenschaftlichen Lebens. Diese Kultur ist untergegangen.“

In der Tat sei auf evangelischer Seite vieles weggebrochen, meint auch der Pfarrer im Haus der Stille der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Johannes Sell. Doch jetzt komme wieder einiges in Bewegung. Viele Kursteilnehmer im Haus der Stille hätten sich mit Buddhismus beschäftigt und suchten jetzt nach den eigenen, christlichen Traditionen.

Tanja Seidl praktiziert am liebsten eine Verbindung von Meditation und Yoga: „Das ist für mich eine Energiequelle.“ Die 33-Jährige lässt sich gerade zur Yoga-Lehrerin ausbilden. Kommilitonen, mit denen sie sich einmal wöchentlich zum Meditieren traf, fanden andere Wege. Einen zog es zum Buddhismus, einen anderen zur christlichen Kontemplation. Die Gießener Forscher machen weiter: Sie überprüfen in einer neuen Studie, wie Achtsamkeitsübungen, Yoga und autogenes Training bestimmte Hirnregionen verändern.

Buchhinweis: Ulrich Ott, Meditation für Skeptiker - Ein Neurowissenschaftler erklärt den Weg zum Selbst, Verlag O.W. Barth 2010, 206 Seiten, 14,99 Euro.

Psychologe: Meditation führt zum Frieden

Gießen (epd). Meditation ist allgemein eine spirituelle Praxis, die dazu dient, den Geist zu sammeln und zu beruhigen. Grundsätzlich existieren zwei Formen: mit Bewegung (zum Beispiel das aus China stammende Tai Chi) und ohne Bewegung, etwa buddhistische Achtsamkeitsübungen oder christliche Exerzitien. „Meditation dient dazu, das Bewusstsein zu erweitern und sich von eingefahrenen Denkmustern und Verhaltensweisen zu lösen“, schreibt der Gießener Psychologe Ulrich Ott in seinem Buch „Meditation für Skeptiker“.

Eine leicht erlernbare Methode ist die von Jon Kabat-Zinn in den USA entwickelte „Stressbewältigung durch Achtsamkeit“, Englisch „Mindfulness-Based Stress Reduction“ (MBSR). Die meist achtwöchigen Kurse verbinden Yoga, Achtsamkeitsübungen und buddhistische Meditationstechniken.

Anfänger merken schnell, dass sie sich nur für kurze Zeit auf die Meditation konzentrieren können. Deshalb muss man zu Beginn „die Selbstkontrolle der Aufmerksamkeit systematisch trainieren“, rät Ott. Er empfiehlt als relativ einfache Übung das Konzentrieren auf die eigene Atmung und das Erspüren der einströmenden Luft am Naseneingang. Ergänzend rät der Wissenschaftler, die Achtsamkeit im Alltag zu schulen: Beim Gehen, Treppensteigen, Stehen an der Haltestelle oder beim Essen kann man die Aufmerksamkeit auf die Handlung selbst richten, sie achtsam und ohne Hetze ausführen.

Durch langjährige Meditationspraxis können nach den Worten von Ott auch „außergewöhnliche Bewusstseinszustände“ auftreten. Das sind spirituelle oder mystische Erfahrungen, etwa das Empfinden grenzenloser Liebe und tiefen Friedens, das „Einssein“ mit der Umgebung, oder eine „Gottese Erfahrung“. Dazu reichen allerdings kurze Übungen meist nicht aus. Wer intensiver in die Materie eintauchen will, kann mehrtägige Kurse in christlichen Klöstern oder buddhistischen Zentren besuchen.

Datenbank für Leichenpredigten erhält weiter Förderung

Marburg (epd). Die Zukunft des Datenbankprojektes für Leichenpredigten an der Philipps-Universität Marburg ist gesichert. Wie Projektleiter Rudolf Lenz am 17. März auf epd-Anfrage mitteilte, stellt die Volkswagenstiftung 230.000 Euro für zunächst zwei Jahre zur Verfügung. Bisher wurde das Vorhaben von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt, die finanziell nicht mehr in der Lage gewesen sei, das Projekt weiter zu fördern.

In der Datenbank „THENOM“ (Thesaurus Nominum Auctorum et Mortuorum) werden die Namen von Verfassern und Verstorbenen in frühneuzeitlichen Leichenpredigten zusammengestellt. Das Projekt erschließt seit 2008 rund 90.000 Personennamen. Im deutschen Sprachraum sind insgesamt 300.000 dieser Quellen aus der Zeit zwischen Reformation und Aufklärung überliefert.

Die Verbreitung der Leichenpredigt kam nach der Reformation in protestantischen Gegenden in Mode. Sie dienten dem Andenken an die Verstorbenen. Der jeweilige Pfarrer fügte zur eigentlichen Predigt noch Lebenslauf und Sterbeszenen sowie Trauergedichte der Verwandten hinzu. Manchmal wurden bis zu 300 Exemplare gedruckt. Wissenschaftler nutzen die Predigten heute als Forschungsquelle, an denen sich beispielsweise ablesen lässt, welche Krankheiten damals vorkamen.

Gesellschaft

Internet: www.personalschriften.de

Gesellschaft

Forscher: Sommer 2010 mit Europa-Hitzerekord

Gießen (epd). Der Sommer 2010 stellt der Untersuchung eines internationalen Forscherteams zufolge einen Hitzerekord in Europa dar. Der Sommer 2010 sei in klimatischer Hinsicht „beispiellos“ gewesen, teilte die Universität Gießen am 18. März mit. Noch nie seit mindestens 500 Jahren seien die Sommertemperaturen in Europa so stark von der Norm abgewichen. Die Forscher kamen außerdem zu dem Ergebnis, dass durch den menschengemachten Klimawandel solche „Extremsommer“ künftig häufiger auftreten.

Das Forscherteam, dem neben Wissenschaftlern aus Zürich, Madrid und Lissabon auch der Gießener Geograph Jürg Luterbacher angehörte, verglich die Hitzesommer 2003 und 2010. 2010 litten insbesondere in Russland die Menschen unter Temperaturen von knapp 40 Grad Celsius; Brände vernichteten eine Fläche von einer Million Hektar.

Die Wissenschaftler verglichen die jüngsten Hitzewellen mit Daten aus vergangenen Jahrhunderten. Der Untersuchung zufolge lagen die Temperaturen im Sommer 2010 zwischen 6,7 und 13,3 Grad Celsius über dem Sommermittel. Die Hitzewelle erstreckte sich zudem über eine Fläche, die sechs Mal so groß wie Deutschland war. Ursache war sowohl 2003 als auch 2010 eine sogenannte Omega-Lage, ein stabiles und ausgedehntes Hochdruckgebiet. 2010 lag das Zentrum über Russland. 2003 war Westeuropa stärker von der Hitzewelle betroffen.

Die Forscher analysierten anhand von Klimamodellen auch zukünftige Zeiträume. Eine Hitzewelle wie 2010 werde auch in den kommenden Jahrzehnten „außergewöhnlich bleiben“, hieß es weiter. Am Ende des Jahrhunderts jedoch deuteten die Modelle durchschnittlich alle acht Jahre auf extreme Hitzewellen hin.

Christine Falkenberg erhält Hochschulpreis

Darmstadt (epd). Christine Falkenberg erhält den Hochschulpreis der Evangelischen Hochschulgesellschaft Darmstadt 2011. Die Studentin an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt habe in ihrer Masterarbeit untersucht, warum und wozu Führungskräfte von sozialen Organisationen Beratungsunternehmen einschalten, teilte die Hochschulgesellschaft am 17. März mit. Der mit 1.000 Euro dotierte Preis wird am 25. März in Darmstadt verliehen.

Falkenberg habe für ihre Arbeit mit dem Thema „Inanspruchnahme von Beratungsfirmen durch soziale Organisationen“ fünf diakonische Einrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet untersucht. Die Mühltalerin fertigte die Arbeit im Studiengang „Management in Social Organisations“ an. Falkenberg ist die 12. Trägerin der Auszeichnung, die jährlich vergeben wird.

Einen Anerkennungspreis erhält Bettina Raab für ihre Masterarbeit zu den Erfolgsfaktoren langlebiger Familienunternehmen. Die Jury würdigt damit Arbeiten, die in den Bereichen Diakonie, soziale Arbeit oder Pflege angesiedelt sind. Studierende können sich schriftlich mit ihren Diplom-, Bachelor-, oder Masterarbeiten bewerben.

Frankfurter Ausbildungsradio „rockfun24“ sendet ab 25. März

Frankfurt a.M. (epd). Das Ausbildungsradio „rockfun24“ der Hörfunkschule Frankfurt nimmt am 25. März den Betrieb auf. Rund 70 junge Radiomacher aus Deutschland und erstmals aus der Schweiz werden 16 Tage lang Radio für das Stadtgebiet Frankfurt am Main machen, teilte Andreas Fauth, Leiter der Hörfunkschule Frankfurt, am 17. März mit. Das Programm ist auf der UKW-Frequenz 92,9 und über das Internet zu hören. „Rockfun24“ ist ein Projekt der Hörfunkschule Frankfurt im Evangelischen Medienhaus und soll jungen Interessenten das Handwerkszeug des Radiomachens vermitteln.

Das Ausbildungsradio findet nach Fauths Angaben auch in diesem Jahr in Kooperation mit den hessischen Schulkinowochen statt. „Die Teilnehmer begleiten Schulklassen bei Filmaufführungen, interviewen Schauspieler und Regisseure und stellen Frankfurter Kinos und ihr Programm vor.“ Ebenso werden Fußballspiele der Frankfurter Eintracht und Veranstaltungen am Museumsufer und am Campus Westend der Universität begleitet. Die Nachrichtenredaktion behalte den Umbau der Frankfurter Altstadt ebenso im Blick wie den Neubau der Europäischen Zentralbank. Außerdem sei „rockfun24“ auf der Musikmesse Frankfurt mit einem Stand und einer eigenen Redaktion vertreten.

Die jungen Radiomacher werden provisorische Redaktionsräume im Evangelischen Medienhaus in der Rechneigrabenstraße 10 beziehen und von Hörfunkprofis unterstützt. Gefördert wird das Projekt unter der Schirmherrschaft von Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) von der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien.

Internet: www.ausbildungsradio.de; www.hoerfunkschule-frankfurt.de;
www.rockfun24.de

Impressum

Herausgeber: Medienhaus –
Zentrum für evangelische
Publizistik und Medienarbeit GmbH
Rechneigrabenstraße 10,
60311 Frankfurt am Main,
Postfach 1007747,
60007 Frankfurt am Main
Chefredakteur: Wolfgang
Weissgerber
Redaktion: Dr. Dieter
Schneberger (verantwortlich), Jens
Bayer-Gimm Redaktions-Assistenz:
Gabriela Reff Korrespondenten:
Karsten Packeiser (Mainz),
Johannes Bentrup (Wiesbaden),
Stefanie Walter (Gießen)

Telefon: (069) 9 21 07-451/447/450;
Fax: -466
E-Mail: Frankfurt@epd.de
Internet: www.epd-hessen.de

Erscheint 2x wöchentlich als
E-Mail-Newsletter
Jahresbezugspreis: 108 €